

Kinder verletzt wurden. Nach inoffiziellen Berichten soll die Zahl der Todesopfer 56 betragen. Die Dorfbewohner berichten übereinstimmend, dass die Explosion dadurch ausgelöst wurde, dass die Kinder in der Schule Feuerwerkskörper zusammensetzen mussten, um Geld zu verdienen. Sie beschuldigen den Parteisekretär des Dorfes, den Schulleiter und andere Lehrer, die Kinder ausgebeutet und zu der Arbeit gezwungen zu haben, und dies nicht, weil die Schule Geld brauche, sondern weil sie korrupt seien. Schließlich zahlten sie für ihre Kinder pro Jahr mindestens 500 Yuan Schulgeld, sodass die Schule genug Geld habe. Tatsächlich hätten sie schon vor Jahren gegen die gefährliche Arbeit in der Schule protestiert. Für eine Zeit lang sei die Arbeit eingestellt worden, aber seit einiger Zeit sei sie wieder aufgenommen worden.

Die offizielle Version des Unglücks, die sich zunächst auch Ministerpräsident Zhu Rongji zu Eigen machte, sieht jedoch anders aus. Danach soll ein 32-jähriger Geisteskranker die Explosion durch eine Bombe verursacht haben. Er selbst fand bei dem Unglück den Tod. Die Dorfbewohner halten diese Version für eine Lüge. Der Verdacht, dass diese Version nicht der Wahrheit entspricht, wird durch das Verhalten der örtlichen Regierung gestützt. Diese verhält sich nämlich, als habe sie etwas zu verbergen. So sollen zumindest für kürzere Zeit die Telefonleitungen des Dorfes gekappt, die Zufahrtstraße zum Dorf durch Polizei abgesperrt und den Dorfbewohnern untersagt worden sein, mit Journalisten von außerhalb zu sprechen. Ein Reporter der SCMP soll bei dem Versuch, zur Unglücksstelle vorzudringen, verhaftet und sein Film konfisziert worden sein. Auch einige ausländische Reporter sollen auf dem Weg zu dem Dorf zurückgewiesen worden sein. Der Sprecher des Außenministeriums beschuldigte die ausländischen Medien falscher Berichterstattung und Verdrehung der Tatsachen, um China anzugreifen.

Die offizielle Version des Tathergangs wurde drei Tage nach dem Unglück von der Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlicht. Einen Tag zuvor hatte Zhu Rongji sie schon bei einem Treffen mit Hongkonger Delegierten anlässlich der NVK-Vollversammlung

verkündet. Am 15. März jedoch äußerte der Ministerpräsident während einer Pressekonferenz zum Ende der Vollversammlung Zweifel. Er gab zu, dass die von chinesischen und ausländischen Medien geäußerte Skepsis angebracht sei, und sagte wörtlich: „Ich möchte mich entschuldigen und über meine eigene Arbeit nachdenken.“ Zhu versicherte, die Unglücksursache werde weiter untersucht, bis die Wahrheit ans Licht komme. Die Schuldigen, und seien es die Leiter des Dorfes, des Kreises oder selbst der Provinzgouverneur, würden entlassen und bestraft. (Vgl. SCMP, 12.-17.3.01)

Damit hat Zhu Rongji versucht, die Glaubwürdigkeit der Regierung wieder herzustellen. Bei der Dorfbewölkerung wurde seine Geste wohlwollend aufgenommen, aber es wird allgemein bezweifelt, dass die örtliche Regierung an der Aufdeckung des tatsächlichen Hergangs interessiert ist. Möglicherweise will die örtliche Führung verschleiern, dass sie sich an den Erträgen der Kinderarbeit bereichert hat. Dies wäre von einer unabhängigen Untersuchungskommission zu prüfen. Nicht zu verbergen brauchen die örtlichen Stellen jedoch, dass Kinder in den Schulen produktive Arbeit leisten. Diese ist seit Jahrzehnten eine allgemein verbreitete Erscheinung. Geschah die praktische Tätigkeit unter Mao aus ideologischen Gründen, so sind heute wirtschaftliche Gründe maßgeblich; durch schulische Wirtschaftstätigkeit sollen die Finanzen der Schulen aufge bessert werden. Für die Finanzierung der Schulen sind die unteren Verwaltungsebenen selbst verantwortlich. Viele Gemeinden sind zu arm, um die Schulen zu unterhalten, andere verwenden die für Bildung bestimmten Mittel für andere Zwecke. Die Misere des ländlichen Schulwesens spiegelt sich darin wider, dass viele Schulen auf wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Schüler angewiesen sind. Dennoch ist nicht die Wirtschaftstätigkeit der Schulen skandalös – sie ist durchaus als systemimmanent anzusehen –; skandalös ist vielmehr, dass die Schulkinder auch gefährliche Arbeit verrichten müssen und die Sicherheitsvorkehrungen äußerst mangelhaft sind. -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 21 Veränderungen in Joint-Venture-Gesetzgebung verabschiedet

Mitte März d.J. wurde vom NVK die Veränderung des Joint-Venture-Gesetzes angenommen. Das in seiner ersten Version von 1979 datierende Gesetz wurde 1990 erneut angepasst und ist nunmehr mit Blick auf die Anforderungen der WTO erneut entsprechend verändert worden. (BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Economic File, 20.3.01)

Zu den wichtigsten Veränderungen zählt, dass Joint Ventures nicht mehr den entsprechenden Regierungsabteilungen ihre Produktionspläne vorlegen und dass sie nicht mehr an erster Stelle auf chinesische Lieferungen zurückgreifen müssen. Damit erhalten Joint Ventures auch formal unabhängige Entscheidungsrechte im Management und sind nicht mehr an lokale Zulieferungen (*local content*) gebunden bzw. müssen keine Exportquoten mehr erfüllen. Joint Ventures werden nun zumindest formal chinesischen Unternehmen nach dem Prinzip des „national treatment“ der WTO gleichgestellt. (CEN, 26.3.01)

Weiterhin kündigte Zeng Peiyan, Minister der Staatlichen Entwicklungskommission während eines Deutschlandbesuchs im März d.J. an, dass den meisten Joint Ventures keine Beschränkung mehr hinsichtlich ihres Investitionsanteils auferlegt würden. (NfA, 27.3.01) -schü-

### 22 WTO-Beitritt weiterhin unklar

MOFTEC-Minister Shi Guangsheng antwortete Anfang März d.J. auf die Fragen von Journalisten zum erwarteten Beitritt zur WTO, dass ihm nicht möglich sei, einen Termin vorzusagen. Ausländische Analysten bewerteten diese Aussage als Hinweis darauf, dass es auf der chinesischen Seite aufgrund von Differenzen zwischen den Ministerien zu weiteren Verzögerungen hinsichtlich des WTO-Bei-

tritts kommen könnte. In den vergangenen Monaten hätte Shi auf ähnliche Fragen zumindest seine Einschätzung über einen ungefähren Termin gegeben. Shi habe im Februar beispielsweise von einem möglichen Beitritt im Oktober oder November d.J. gesprochen.

Einer der am stärksten umstrittenen Punkte bei den Verhandlungen ist die Frage der landwirtschaftlichen Subventionen. So vertritt China die Position, als Entwicklungsland das Recht zu haben, Subventionen in Höhe von 10% des agrarischen Gesamtoutputs vorzunehmen. Die USA widersprechen dieser Höhe der Subventionen und wollen sie auf 5% maximal beschränken. Neben diesen Differenzen soll es Auseinandersetzungen innerhalb der chinesischen Ministerialbürokratie über bestimmte Elemente der Anpassung an WTO-Vorgaben und gesetzliche Bestimmungen geben. Dies sei beispielsweise der Fall bei der Abstimmung von Ministerien über ein Telekommunikationsgesetz, das sowohl die Bereiche Fernsehen, Internet als auch Sprachkommunikation mit einbezieht. (FT, 14.3.01)

Nach Einschätzung von Supachai Panitchpakdi, ehemaliger thailändischer stellvertretender Ministerpräsident und voraussichtlich neuer Direktor der WTO im Jahre 2002, wird sich der Beitritt Chinas zur WTO bis zum 4. Quartal d.J. hinauszögern. Supachai Panitchpakdi hatte im Februar eine optimistische Sichtweise vertreten und vorausgesagt, dass eine Aufnahme noch in diesem Frühjahr möglich wäre. Nach einer Informationsreise in die USA soll er jedoch seine Einschätzung geändert haben. Die Wahlen des neuen US-Präsidenten hätten zu einer Verzögerung des WTO-Beitritts geführt. Neben der Frage der Agrarsubventionen sieht Supachai Panitchpakdi auch noch starke Differenzen bei der Öffnung des Versicherungsmarktes. (AWSJ, 27.3.01)

Einem Bericht der Xinhua Nachrichtenagentur zufolge soll es dagegen am 23.3.01 zu einer Vereinbarung zwischen den USA und China über einen schnellen Beginn der multilateralen Verhandlungen in Genf gekommen sein. Hierbei sollen die Entwürfe aller Dokumente und rechtlichen Bestimmungen über den WTO-Beitritt fer-

tig gestellt werden. Der genaue Termin über das 16. Zusammentreffen der Arbeitsgruppe China in der WTO wurde allerdings nicht bekannt gegeben. (XNA, 26.3.01) -schü-

### 23 ADI-Zufluss könnte stagnieren

Nach einer Prognose des Institute of International Finance (IIF) wird China im Jahre 2001 mit einem Zustrom ausländischen Kapitals in Höhe von rd. 40 Mrd. US\$ rechnen können. Dies wären fast 25% der privaten Kapitalströme in die „Emerging Markets.“ Im letzten Jahr entfiel auf China mit 26% ein etwas höherer Anteil. Innerhalb der Region Asien Pazifik wird Chinas Anteil von 81% im Jahr 2000 voraussichtlich auf 77% im laufenden Jahr zurückgehen.

Als Gründe für den Zustrom von rd. 40 Mrd. US\$ sieht die IIF einseitig gestiegene Direktinvestitionen sowie geringere Rückzahlungen an Gläubiger. Die Umstrukturierung der Staatsunternehmen und damit verbundene Aktienkäufe in einer Höhe von rd. 7 Mrd. US\$ im Jahre 2000 hätten den Zufluss von Auslandskapital begünstigt. (NfA, 15.3.01)

Für die geplanten großen Infrastrukturprojekte im 10. Fünfjahresplan setzt China nach Angaben von Zeng Peiyan, Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, auch auf ausländisches Kapital. Während des 9. Fünfjahresplanes (1996-2000) habe Zeng ein Volumen von rd. 290 Mrd. Yuan an Auslandskapital ins Land holen können. In der Periode des 10. Fünfjahresplanes (2001-2005) müsse davon ausgegangen werden, dass die chinesische Wirtschaft Kapital in Höhe von insgesamt 2,3 Billionen US\$ benötige. Durch eine stärkere Öffnung und Kooperation soll auch ausländisches Kapital beim Ausbau des Eisenbahn- und Telekommunikationsnetzes sowie im Energiesektor eingesetzt werden. (NfA, 27.3.01)

Einige chinesische Analysten kommen zu dem Schluss, dass der Kapitalzufluss voraussichtlich in den nächsten fünf Jahren eher stagnieren wird. Dafür werden u.a. folgende Gründe angegeben (CEN, 12.3.01):

- Für chinesische Unternehmen gehen die Vorteile, die aus der Nutzung von ausländischen Direktinvestitionen resultieren, schrittweise zurück.
- Es kann eine Reduzierung der ausländischen Direktinvestitionen im verarbeitenden Sektor erwartet werden. Aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität wird es für ausländische Unternehmen immer schwieriger, einen Anteil am Markt zu erhalten und Gewinne zu machen. Dies gilt auch für Unternehmen, die mittlere und allgemeine Technologien anbieten wollten. Inländische Unternehmen würden sich außerdem in verstärktem Maße dem ausländischen Kapitalmarkt zuwenden, anstatt sich um Kooperation mit Auslandsunternehmen zu bemühen.
- Ausländische Investitionen in Technologien und geistiges Eigentum sind relativ beschränkt. Chinesische Unternehmen wenden sich deshalb stärker dem inländischen Kapitalmarkt zu, um neue Technologien zu erwerben.
- Der chinesische Markt hat eine begrenzte Aufnahmefähigkeit für Auslandsinvestitionen. Zwischen 1992 und 1998 absorbierte China ausländische Investitionen in Höhe von rd. 197 Mrd. US\$. Als Folge des Kapitalzuflusses stieg der Wettbewerb, es kam zu einem Überangebot auf dem Markt und zu einer technologischen Revolution. Sollte der jährliche Zustrom von Auslandskapital pro Jahr höher als 40 Mrd. US\$ sein, würden auch die negativen Effekte zunehmen.
- Der Dienstleistungssektor wird zwar der Schlüsselbereich für ausländische Direktinvestitionen sein, doch kann nur von einem beschränkten Umfang der Investitionen ausgegangen werden. Schätzungen zufolge wird nur mit Investitionen von insgesamt 25-30 Mrd. US\$ pro Jahr im Dienstleistungsbereich gerechnet. Sollten sich die ausländischen Investitionen im Dienstleistungssektor in den nächsten fünf Jahren schnell erhöhen,

könnte dies zu einer starken Intensivierung des Wettbewerbs führen. Da die Entwicklung der Banken, Versicherungen, Investmentfonds und des Vertriebs einen großen Einfluss auf die gesamte Wirtschaft hat, werden die Anforderungen an die Auslandsinvestitionen jedoch besonders hoch sein.

- Klein- und mittelständische Unternehmen sehen sich strategischen Anpassungszwängen gegenüber. Wenn die Politik gegenüber den KMUs erfolgreich ist, könnte sie den Transfer dieser Unternehmen in größerem Umfang nach Zentral- und Westchinas kanalisieren. Dann würden Investitionsmöglichkeiten in den bisher von multinationalen Unternehmen vernachlässigten ländlichen Regionen an der Ostküste sowie in größeren Städten bestehen. -schü-

## 24 Mehr ausländische Versicherungsunternehmen

Die Zahl der in China tätigen ausländischen Versicherungsunternehmen erhöhte sich nach Angaben der *China Economic News* vom 12.3.01 auf 17, einschließlich der American International Insurance Co., Tokyo Marine and Fire Insurance Co. und der Winterthur Swiss. Weiterhin sollen inzwischen mehr als 200 Repräsentanten ausländischer Versicherer genehmigt worden sein. Mit dem WTO-Beitritt ist eine weitere Marktöffnung verbunden. Gleichzeitig hat die Regierung stärker auf die Umstrukturierung des Marktes hingearbeitet mit dem Ziel, international wettbewerbsfähige Unternehmen zu erhalten. Hierzu gehört die Schließung nicht genehmigter regionaler Versicherungsunternehmen. Nach Angaben von Ma Yongwei, Vorsitzender der China Insurance Regulatory Commission, wurden rd. 1.000 regionale Versicherungsunternehmen in den letzten zwei Jahren geschlossen, die von der Aufsichtsbehörde nicht registriert oder genehmigt worden waren. Weiterhin haben bestimmte Versicherungsbereiche einheitliche Regeln erhalten. Hierzu zählt auch der Bereich der Kfz-Versicherungen, der einheitliche Bestimmungen, Gebühren-

sätze und Verwaltungsabläufe erhalten hat. (CEN, 5.3.01)

Neben den Banken waren auch die Versicherungen im Verlauf der letzten Jahre dem zunehmenden Konkurrenzdruck ausländischer Versicherungsunternehmen ausgesetzt gewesen. Noch schützen restriktive Bestimmungen den Versicherungssektor, doch wird sich mit dem WTO-Beitritt auch hier eine neue Situation ergeben, insbesondere hinsichtlich der prozentualen Beteiligung ausländischer Versicherungsgesellschaften und der regionalen Beschränkung bei der Niederlassung. Die Organisation, Kontrolle und Regulierung des chinesischen Versicherungsmarktes wird durch die im November 1998 gegründete Versicherungsaufsichtsbehörde durchgeführt. Sie kann sich auf das 1995 erlassene Versicherungsgesetz als Regelwerk stützen (Doerwald, Carl-Ludwig und Holger Geyer, „Die neue Kraftfahrtversicherung. Reformbemühungen der chinesischen Versicherungswirtschaft“, in: *Deutsch-Chinesisches Wirtschaftsforum*, 2, 2000, S.48-53).

Im Frühjahr 1999 waren acht große chinesische Sach- und Lebensversicherungsgesellschaften tätig. Das größte Unternehmen war die bereits 1949 gegründete People's Insurance Company of China, auf die Prämieinnahmen in Höhe von rd. 93 Mrd. Yuan entfielen (1998). Auf Platz zwei bei den Prämieinnahmen stand die Ping An Insurance Company of China mit 16 Mrd. Yuan und auf Platz drei die China Pacific Insurance Company mit 12,4 Mrd. Yuan. Beide Versicherungsgesellschaften wurden erst Ende der 80er Jahre gegründet. Vier neue chinesische Versicherungsgesellschaften sollten bis Ende 2000 eine Genehmigung erhalten, und zwar die Minsheng Life Insurance (Beijing), die Heng An Life Insurance (Tianjin), Oriental Life Insurance (Shanghai) und Shanghai Life Insurance. Voraussetzung für die Genehmigung ist jedoch, dass die Unternehmen einen ausländischen Partner finden und ein registriertes Kapital von rd. 1 Mrd. Yuan aufweisen.

Als erste ausländische Versicherungsgesellschaft erhielt die American International Group (AIG) im Jahre 1992 eine Lizenz in China. Im Bereich der Sachversicherungen wurde der Sedgwick Insurance and Risk Management

Consultants China Ltd. als Erstes Auslandsunternehmen eine Lizenz im Jahre 1993 zugeteilt. Neun ausländische Versicherungsgesellschaften waren im Frühjahr 1999 in den Bereichen Sach- und Lebensversicherungen tätig; ihr Anteil am gesamten Prämienaufkommen ist jedoch noch sehr gering. Im Rahmen der WTO-Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und China wurde im Mai 2000 von der chinesischen Regierung angekündigt, dass sieben zusätzliche Lizenzen für europäische Versicherer vergeben werden. (NfA, 27.12.00)

Obwohl sich die Versicherungsbranche schnell entwickelt hat, ist das Prämienaufkommen aufgrund der niedrigen Durchschnittseinkommen nach wie vor relativ gering. (Nagel, Christine „Know how Transfer in der Versicherungsindustrie: Der Allianz-Lehrstuhl für Versicherungsbetriebslehre an der Tonji-Universität“, in: *Deutsch-Chinesisches Wirtschaftsforum*, 3, 1999, S.29-33). Während beispielsweise für 1998 das Prämienaufkommen in China bei rd. 125 Mrd. Yuan lag, belief sich das Volumen in Deutschland auf umgerechnet 1.044 Mrd. Yuan. Im weltweiten Durchschnitt lag das Pro-Kopf-Prämienaufkommen 1999 bei rd. 430 US\$ und nahm einen Anteil von 7,3 Prozent am BIP ein. Das Prämieinkommen pro Kopf in China betrug 111 Yuan bzw. 13 US\$. Der Anteil des Prämienaufkommens am BIP entsprach in China lediglich 1,67 Prozent. Ausländische Versicherer rechnen jedoch mit einer schnellen Ausweitung des Prämieinkommens und sind deshalb am chinesischen Markt sehr interessiert.

Im Jahre 1999 war das Prämienaufkommen auf 139,2 Mrd. Yuan gestiegen, eine Zunahme um rd. 11 Prozent. Für das Jahr 2000 wird von einer Ausweitung des Prämienaufkommens auf rd. 150 Mrd. Yuan ausgegangen, die zu rd. 40 Prozent in Sachversicherungen und zu 60 Prozent in Lebensversicherungen fließen werden. Der Bereich Lebensversicherungen gliedert sich auf in Lebensversicherungen i.e. Sinne mit einem Anteil von 84,8 Prozent, in Unfallversicherungen mit 8,6 Prozent und Krankenversicherungen mit 6,6 Prozent. (NfA, 27.12.00)

Bis zum Jahr 2005 erwarten chinesische Analysten eine Erhöhung des

Prämienaufkommens auf 280 Mrd. Yuan, einer jährlichen Wachstumsrate von rd. 20%. Der Anteil am BIP würde dann auf 2,3% zunehmen und das Pro-Kopf-Prämieinkommen auf 230 Yuan steigen. (CEN, 12.3.01) -schü-

## 25 Welche Handelsstatistik lügt?

Die offizielle russische Statistik über den bilateralen Handel mit China weist für das zurückliegende Jahr 2000 ein Volumen von 8 Mrd. US\$ aus. Der Wahrheitsgehalt dieser Zahl wird nun allerdings in Russland selbst angezweifelt. Das Russian-Chinese Center on Trade and Economic Cooperation kam in einer Untersuchung jüngst zu dem Ergebnis, dass im vergangenen Jahr Güter im Wert von insgesamt ca. 20 Mrd. US\$ die Landesgrenzen zwischen Russland und China in beiden Richtungen passiert hätten.

Der Analyse des Zentrums gemäß wären demnach 12 Mrd. US\$ allein auf dem Wege des informellen Handels durch Touristen umgesetzt worden. Große Zahlen chinesischer Touristen überquerten täglich die Grenze nach Russland, um kleinere Mengen mitgeführter Konsumgüter in eigener Regie und ohne Verzollung oder Besteuerung auf russischen Märkten abzusetzen. Nach russischen Erkenntnissen würde der Großteil der so erwirtschafteten Handelseinkünfte in US-Dollars umgetauscht, nach China ausgeführt oder anderweitig zum Ankauf von Holz, Metallen oder chemischen Düngern verwendet, die dann nach China ausgeführt würden.

Eine andere Qualität weisen die Diskrepanzen in der Statistik des bilateralen Handels zwischen China und Japan auf. Während die japanische Statistik hier für das Jahr 2000 den Import von insgesamt 37.000 t Lauch aus chinesischem Anbau dokumentiert und die japanische Agrarlobby daraus die Forderung nach Einfuhrbeschränkungen gegen China ableitet, weist die chinesische Exportstatistik lediglich Lauchexporte nach Japan im Umfang von 4.400 t aus. Nun ist kaum davon auszugehen, dass chinesische Japantouristen ihren Aufenthalt zum Verkauf von Lauch nutzen. Dennoch werden diese möglicherweise auf beiden Seiten politischen Zahlen Grund-

lage von Gesprächen zwischen Japan und China sein, von denen auf chinesischer Seite Selbstbeschränkungen hinsichtlich der Agrarexporte nach Japan erwartet werden, um japanischen Importsanktionen zu entgehen (vgl. C.a., 2001/1, Ü 27). China lehnte allerdings Ende März ein derartiges Entgegenkommen in Form von selbst auferlegten Exportbeschränkungen mit Hinweis auf eine dadurch gegebene Verletzung von WTO-Regeln ab. Nach Auskunft des japanischen Agrarministers Yoshio Yatsu bereite man sich daher auf die Umsetzung temporärer Importbeschränkungen für eine Reihe landwirtschaftlicher Produkte aus China im Rahmen der WTO-Bestimmungen vor.

Exporte von chinesischen Agrarprodukten nach Japan wuchsen zwar im vergangenen Jahr erheblich an, machten 2000 jedoch insgesamt nur 2,3% des chinesischen Handelsüberschusses mit Japan aus. (*Rossiyskay Gazette*, 3.3.01, nach FBIS, 3.3.01; *Kyodo News Service*, 29.3.01, nach BBC PF, 29.3.01; *Kyodo News Service*, 30.3.01, nach BBC PF, 30.3.01) -kg-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 26 „Ohne aktive Fiskalpolitik wäre Wirtschaftswachstum um 1,7% niedriger ausgefallen“: Bericht des Finanzministers zum Staatshaushalt 2000

Während der Tagung des NVK im März d.J. stellte Finanzminister Xiang Huaicheng den Bericht zur Implementation des Haushalts 2000 vor. Xiang wies darauf hin, dass die ursprüngliche Haushaltsplanung im Verlauf des letzten Jahres verändert wurde, um die wirtschaftliche Erholung zu stärken. Hierfür wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Mrd. Yuan für Bauprojekte zur Verfügung gestellt, die das Defizit im Haushalt der Zentralregierung erhöhten. Von den Ministerien wurden in Zusammenarbeit mit dem Staatsrat Projekte ausgewählt, die mit Hilfe der Emission von Staatsanleihen finanziert wurden. Ohne die aktive Fiskalpolitik, so der Fi-

nanzminister, wäre das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr um 1,7 Prozentpunkte niedriger ausgefallen. Im Jahr hatte das *deficit spending* sogar zu einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums um 2% beigetragen.

Die in den Haushalt der Zentralregierung und in lokale Haushalte unterteilten Staatsfinanzen entwickelten sich wie folgt:

- Die gesamten Einnahmen im zentralen Haushalt beliefen sich auf 758,433 Mrd. Yuan. Davon entfielen 698,514 Mrd. Yuan auf Einnahmen, die die Zentralregierung erhoben hat, sowie Einnahmen in Höhe 58,819 Mrd. Yuan, die von den Lokalregierungen bereitgestellt wurden.
- Die gesamten Ausgaben im zentralen Haushalt betragen 1.018,254 Mrd. Yuan. Davon waren 551,434 Mrd. Yuan Ausgaben der Zentralregierung und 466,82 Mrd. Yuan Ausgaben in Form von Subventionen an die Lokalregierungen.
- Das Defizit im zentralen Haushalt lag bei 259,821 Mrd. Yuan.
- Die Verschuldung im zentralen Haushalt beläuft sich auf 418,01 Mrd. Yuan, ein Anteil von 157,358 Mrd. Yuan entfällt auf die Bedienung der in- und ausländischen Schulden, weitere 259,821 Mrd. Yuan wurden zur Deckung des Defizits für das Jahr 2000 bereitgestellt.

Die lokalen Haushalte wiesen folgende Entwicklung auf:

- Die gesamten Einnahmen in den lokalen Haushalten betragen 1.106,217 Mrd. Yuan, davon entfällt ein Anteil von 639,397 Mrd. Yuan auf Einnahmen, die von den Lokalregierungen erhoben wurden und von 466,82 Mrd. Yuan Subventionen von der Zentralregierung.
- Die gesamten Ausgaben in den lokalen Haushalten machten 1.096,329 Mrd. Yuan aus. Die lokalen Haushalte waren hieran mit 1.036,51 Mrd. Yuan beteiligt und mussten weitere 59,819